

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 848 ppbn d
Telefax: 21 06 84

Inhalt

Stephan Hilsberg MdB
zu aktuellen Anforderungen an die Sozialdemokratie: Über Bildungspolitik programmatisch nachdenken.

Seite 1

Dokumentation

Stellungnahme der
IPPNW zum 1. Jahrestag des Beginn des Golfkrieges: Keine Alternative zum Dialog.

Seite 4

47. Jahrgang / 13

20. Januar 1992

Über Bildungspolitik programmatisch nachdenken Zu aktuellen Anforderungen an die Sozialdemokratie

Von Stephan Hilsberg MdB

Ehemaliger Geschäftsführer der SPD in der DDR

Stellvertretender bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Einst war Bildungspolitik für die SPD ein großes Thema. Heutzutage ist zunehmend eine Partikularisierung der Bildungspolitik festzustellen. Das ist verständlich vor dem Hintergrund der klaren Zuweisung der Bildungskompetenz an die Länder durch das Grundgesetz. Aber eine Fülle von anstehenden Problemen, die höchstens ein Land allein betreffen, die Zusammenhänge von Bildung mit anderen gesellschaftlichen Bereichen sowie die zu erwartende, noch auf Jahre andauernde Benachteiligung der ostdeutschen Ländern erforderten es, zu gemeinsamen Problemlösungen zu kommen.

In den Ländern stellt sich die Frage der Schulformen, insbesondere der Gesamtschulen, aber auch der Ausstattung der Hochschulen als Streitpunkt dar; wegen des engen finanzpolitischen Spielraumes wird daraus die Konsequenz gezogen, Bildungspolitik und Wissenschaftspolitik auf kleiner Flamme kochen zu lassen.

Aktuell sind die Anforderungen insbesondere im Hochschulbereich durch die Problemflucht der vergangenen Jahre enorm angewachsen. Neue Aufgaben aufgrund der deutschen Einheit und der europäischen Vereinigung kommen noch hinzu. Darauf müssen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Antworten formulieren (insbesondere dort, wo wir in den Ländern regieren) und auf Diskussionformen und -strukturen hinwirken, die uns beim Finden der Problemlösungen helfen.

Versuch einer Bestandsaufnahme

Die Situation ist merkwürdig widersprüchlich in Deutschland: Während im Osten die neugewonnene Möglichkeit der freien Studienwahl sowie der Abbau der strukturellen Bildungsdiskriminierung zu einer größeren Bildungsbeteiligung führen, werden im Westen immer neue Forderungen nach Zugangsbeschränkungen laut.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verfügbare Ausgabe
mit wertvollen Beilagen
Kunst- und Papier



In den neuen Bundesländern werden sich die Studierendenzahlen in den kommenden fünf bis zehn Jahren verdreifachen. Derzeit bestehen dort zehn Universitäten und rund 20 Fachhochschulen befinden sich im Aufbau. An den ostdeutschen Hochschulen ist der Prozeß der Abwicklung fast überall abgeschlossen, das heißt die entsprechenden Fachbereiche sind geschlossen worden.

Die Individuelle Evaluierung ist noch lange nicht abgeschlossen. In Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sind die Hochschullehrer in zwei Gruppen unterteilt worden - die überprüften und die nicht überprüften. Mittels eines Antrages und einem Verfahren vor einer Personalkommission kann der Verbleib im Hochschuldienst erreicht werden. Belastend für die Hochschulreue und insbesondere für ostdeutsche Mitarbeiter an den ostdeutschen Hochschulen wirken sich die niedrigeren Tarife aus. In dieser Hinsicht ist auch die Tatsache, daß fast alle Gründungsrektoren und -dekane aus dem Westen sind, die ja nach getaner Arbeit den Osten wieder verlassen, kritisch zu betrachten. Der fatale Eindruck des Überstülpens westlicher Verhältnisse auf die ostdeutsche Hochschullandschaft ohne Sensibilität und Prüfung dortiger originärer Entwicklung, frei nach der Devise, wie es Prof. Simon, Vorsitzender des Wissenschaftsrates kritisch formulierte "Wie im Westen, so auf Erden", wirkt ausgesprochen demotivierend.

Aus dieser Situation der Verunsicherung an den Hochschulen erwächst in dieser Überbrückungszeit natürlich wenig Kreativität und wenig Zuversicht für eine neue und eigenständige Gestaltung der Hochschulen - und die Grundlagen für zukünftige eigene kreative Leistungen müssen jetzt gelegt werden. Gleichzeitig sind die ursprünglichen Vorhaben des Wissenschaftsrates aus dem Juli 1990, auch eine Betrachtung der Hochschulverhältnisse im Westen vorzunehmen, in Vergessenheit geraten. Natürlich bestehen in den ostdeutschen Ländern auch Rachevorstellungen einer Überprüfung der Westhochschulen. Allerdings werden Fragen der zukünftigen Hochschulentwicklung angesichts der bestehenden Finanzknappheit zukünftig nur so gelöst werden. Es ist uns doch nicht erst heute klar, daß es offensichtlich auch in der alten Bundesrepublik um die Hochschulen nicht zum Besten bestellt war. Schon seit Jahren wird die Diskussion über die Misere der Hochschulen geführt; Stichworte sind die Überlast, weiterhin wachsende Bildungsbeteiligung, Akademikerarbeitslosigkeit, schlechtes Ansehen der Lehre. Es kommt darauf an, in der Zukunft die Erneuerung in Ost und West als eine Aufgabe zu begreifen.

Entscheidende Anforderung wird im Osten jedoch die berechnete enorme Ausweitung der Bildungsbeteiligung, die neue Qualifizierung der Lehrenden und die Weiterbildung der vorher von Bildung ausgeschlossenen sein. Das Recht auf Bildung hat die DDR in der Verfassung geführt, wenn es auch durch die Pflicht zur Bildung konterkariert wurde. In der Bundesrepublik sollten sich alle Parteien dazu durchringen können, ein Grundrecht auf Bildung in die Verfassung aufzunehmen, zumal dieses schon weitgehend Realität geworden ist.

Zur Hochschulsituation in den alten Ländern

Rund zwei Studierende pro Studienplatz bei zu langer Studiendauer sind das Ergebnis von nicht gelungener Studienreform, nicht ausreichende soziale Absicherung der Studierenden, einer zu geringen Stellung der Lehre, einer zu geringen Zahl an ausgebauten Studienplätzen um nur einige Faktoren zu nennen.

Das Problem der Überlast ist 1977 von den Regierungschefs von Bund und Ländern bewußt geschaffen worden, um endlich allen jungen Menschen die Möglichkeit zum Studium offen zu halten. Es ist doch erfreulich, wenn der damalige Öffnungsbeschluß von so vielen jungen Menschen begeistert aufgegriffen wurde und wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben nichts dagegen, daß so viele studieren wollen. Die Überlast an den Hochschulen stellt gewissermaßen einen Nebeneffekt dar und muß angegangen werden. Für die notwendige materielle Ausstattung muß gesorgt werden.

Der Wunsch nach möglichen Zulassungsbeschränkungen ist zwar verständlich, für uns Sozialdemokraten kann es nicht die Lösung sein, denn die Zulassungsbeschränkungen, die in den Hochschulen vorgenommen werden, führen zu einer Aushebelung der allgemeinen Zugangsberechtigung, des Abiturs, und auch zu Elitehochschulen. Das kann überhaupt keine sozialdemokratische Möglichkeit sein: und hat dann mit der Gleichheit der Lebensverhältnisse nichts mehr zu tun.

Notwendig ist ein Gesamtpaket von Maßnahmen, derzeit existiert jedoch nicht einmal eine Gesamtschau der Probleme. Das ist der Grund, weshalb es auch nur zur Behandlung von Symptomen bisher gekommen ist.

Selbstverständlich müssen zukünftig auch mehr Finanzen zur Verfügung gestellt werden. Neue Finanzquellen, dürfen aber nicht auf Kosten der Freiheit von Forschung und Lehre gehen.

Einerseits müssen Reserven für den Abbau der Überlast auch in der Hochschulstruktur gefunden werden. Beispielsweise müssen folgende Fragen gestellt werden:

- Wirkt sich auch die zunehmende Spezialisierung von Forschungsbereichen negativ auf die Lehre aus?
- Welche Auswirkungen hat die Anhebung der Anzahl der Pflichtstunden und wie können Anreize hierfür geschaffen werden?
- Welche Reserven werden durch die größere Selbständigkeit der Hochschulen frei und inwieweit können z.B. Doppelstrukturen der Verwaltung abgebaut werden?
- Ist die derzeitige Stellung des Mittelbaus überhaupt dazu geeignet, Nachwuchsprobleme zu lösen und die Lehrsituation zu verbessern (dazu zählt auch das Zahlenverhältnis der Angehörigen des Mittelbaus zu den Professoren)?

Um die durchschnittlichen Studienzeiten zu senken muß die Durchlaßfähigkeit der Hochschulen erhöht werden. Das erfordert, die Hochschulen nach den Nadelöhren (z. B. Pflichtveranstaltungen mit begrenzter Platzzahl wie Laborpraktika) in den Studiengängen zu durchforsten. Ohne eine gezielte finanzielle Förderung an diesen Engstellen wird weder die Überlast noch die lange Studiendauer gesenkt werden können. Die Verkürzung der Studienzeiten ist kein Selbstzweck. Sie ist insofern gerechtfertigt, um Hemmnisse abzubauen, die dem Wunsch nach einer schnellen Beendigung des Studiums entgegensteht.

Schließlich scheint der Gedanke einer Deutschen Lehrgemeinschaft, wie er im Abschlußbericht der Enquete-Kommission "Bildung 2000" genannt und seitdem häufig im Munde geführt wird, reizvoll, um Lehre aufzuwerten. Ansätze in den Ländern sind dazu gemacht. Aus den Erfahrungen, die jetzt gewonnen werden, müssen dann unverzüglich Konsequenzen gezogen werden.

Die Rolle und die Möglichkeiten der SPD

Derzeit, wo die SPD in der Mehrzahl der Länder die Regierung führt, wird notwendigerweise die Bildungspolitik zum wesentlichen Teil von ihr bestimmt. In einer Zeit, in der der parlamentarische Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, Norbert Lammert, in der CDU-Theoriezeitung "Die Sonde" vom "geringen Interesse" der CDU an der Bildungspolitik spricht, wächst der SPD auch die Meinungsführerschaft zu.

Dafür sehe ich konkret die folgenden Erfordernisse:

- Bildungspolitik darf kein Tabuthema sein, sondern wir müssen sie zu einem Gegenstand unserer politischen Auseinandersetzung und unserer Stärke machen.
- Auf Bundesebene muß die SPD programmatisch über Bildungspolitik nachdenken. Der Schwerpunkt lag in der Vergangenheit meist in der Schulpolitik. Es ist notwendig, die Bildungspolitik um die Wissenschaft tatsächlich zu erweitern. Die wiedereingerichtete Kommission für Bildungspolitik muß ihr Thema auch im Parteivorstand wiederfinden.

- Eine Koordinierungsgruppe, die die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sammelt, die in den unterschiedlichen Bereichen des Bildungsbereiches an herausragenden Positionen sitzen, muß gebildet werden und sich zumindest zweimal jährlich treffen. Bildungssprechertagungen, Zusammenkünfte der SPD-Kultusminister, Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen oder Gespräche am Rande von Parteitagungen können ein solches Treffen nicht ersetzen. Die an der SPD-Bildungspolitik Interessierten müssen auch in der SPD ihre Foren finden können.
- Es muß eine organisatorische Klammer geben für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Mitglieder der SPD sind und sich dort organisieren und betätigen wollen. Diese Aufgaben hat die Erweiterung der AfB zur AfBW. Dafür sind aber auch ausstrahlungsfähige Bundestagungen und beschlußfassende Bundeskongresse erforderlich.
- Um Kontakte und Ausstrahlungsfähigkeit wie zu Beginn der 70er Jahre zu entwickeln, hat sich das Wissenschaftsforum als tragfähig erwiesen. Mit seinen Tagungen hat es auch uns nahestehende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gewinnen können, sich mit der SPD und ihren Positionen auseinanderzusetzen und uns neue Impulse zu geben.
- Offenheit für Studierende, die nicht in der SPD sind, erfolgreiche Arbeit in den Studierendenvertretungen und gute Aufbauarbeit an Bildungseinrichtungen im Osten werden ihren Niederschlag in einer Stärkung der SPD-Strukturen finden. So ist es z.B. den Juso-Hochschulgruppen gelungen, mit erfolgreichen Veranstaltungen ihre Ausstrahlung zu vergrößern.
- Auch diese genannten Bereiche brauchen eine verstärkte Zusammenarbeit untereinander - zusammen mit der hier nicht behandelten beruflichen Bildung, der Weiterbildung, der Schule sowie der Arbeit der Parteschule und der Bildungsbeauftragten in der SPD. Dafür müssen organisatorische Möglichkeiten in der Baracke aber auch in den Bezirken geschaffen werden.

Die Erwartungen an die SPD in Sachen Bildungspolitik durch die unterschiedlichen Interessengruppen sind nach wie vor hoch. Im Bildungsbereich liegen Chancen für die Mehrheitsfähigkeit der SPD auch auf Bundesebene.

(-/20. Januar 1992/rs/fr)

DOKUMENTATION

IPPNW: Keine Alternative zum Dialog

Die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte-Verainigung für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) hat mit Blick auf den ersten Jahrestag des Beginn des Golfkrieges auf die Notwendigkeit der Dialogpolitik aufmerksam gemacht. Wir dokumentieren den von IPPNW-Vorstandsmitglied Dr. Till Bastian erarbeiteten Aufruf.

Vor einem Jahr herrschte im Nahen Osten Krieg. Nach dem Grundsatz "fiat iustitia et pereat mundus" (frei übersetzt: "Es geschehe dem Völkerrecht Genüge, auch wenn alles vor die Hunde geht") setzte eine von den USA geführte Koalitionsarmee modernste Waffen ein, um das vom Nachbarland Irak annektierte Kuwait zu "befreien", das heißt an den diktatorisch herrschenden Emir und seine Familie zurückzugeben. Dieser Krieg kostete mindestens 100.000 Menschen das Leben und hinterließ eine ökologisch verwüstete Region.

Ein Jahr später: Durch Algier rollen Panzer. Ein sorgfältig inszenierter Militärputsch - in Frankreich, aber auch in den USA kaum verhohlen begrüßt - unterbricht jäh den in Algerien begonnenen Demokratisierungsprozeß; der zweite Wahlgang der Parlamentswahlen wird verschoben, einfach deshalb, weil er der als "fundamentalistisch" bezeichneten islamischen Heilsfront (FIS) mit Sicherheit eine absolute Mehrheit gebracht hätte.

Wie im Januar 1991 feiern auch im Januar 1992 Heuchelei und politische Doppelmoral schreckliche Triumphe. So wie damals die vielfachen Völkerrechtsbrüche des Diktators Saddam Hussein (etwa der Angriffskrieg gegen das Nachbarland Iran) großzügig geduldet wurden, solange dieser als eigener Verbündeter in hohem Ansehen stand und erst dann Sanktionen bis hin zum Krieg ergriffen wurden, als er die Ölversorgung des Westens zu gefährden drohte, so wird heute eine antidemokratische Verschwörung des Militärs wohlwollend geduldet, wenn sie sich gegen eine islamische religiöse Gruppe richtet. Und damals wie heute muß der "Fundamentalismus" als Schreckgespenst dienen, in bedenkenloser Verbiegung der historischen Wahrheit zum Popanz herausgeputzt von westlichen Autoren wie Gerd Konzelmann, Peter Scholl-Latour und anderen, die eifrig das nach dem Ende des Kalten Krieges entstandene Vakuum füllen. So wie Konrad Adenauer einst warnte, die beste Sozialpolitik nütze nichts, "wenn die Kosaken kommen", so werden wohl künftig die "fanatischen Krieger des Islam" dazu herhalten müssen, Aufrüstungsprogramme aller Art (zum Beispiel die Bildung "schneller Eingreiftruppen" für weltweite Militärinterventionen) ideologisch zu begründen.

In dieser Situation tragen alle der Friedensbewegung verbundenen Menschen eine Verantwortung, die kaum geringer ist als zu Zeiten des unseligen, friedensgefährdenden NATO-"Nachrüstungs"beschlusses vom 12. Dezember 1979, kaum leichter als in jenen Tagen, da so viele Politiker öffentlich vom "führbaren, gewinnbaren Atomkrieg" sprachen. Sie alle sind aufgefordert, sich politisch zu engagieren und die Leichtfertigkeit, den Unverstand und die Doppelmoral der politisch Verantwortlichen anzuprangern.

Es ist offensichtlich, daß eine Ära der Konfrontation zwischen der "atlantischen Wertegemeinschaft", der reichen Industrienationen USA, der anderen NATO-Staaten und Frankreichs einerseits, sich radikalisierenden islamischen Massenbewegungen und islamischen Staaten - Iran, Pakistan, vielleicht auch bald Algerien - die Zukunft zu verdüstern droht. In dieser Situation die Ursache allen Übels allein beim "islamischen Fundamentalismus" zu suchen, wird der Wirklichkeit keineswegs gerecht und dient nur dazu, sich aus der eigenen Verantwortung zu stellen und jede Selbstkritik zu vermeiden. "Fundamentalistische" religiöse Bewegungen gibt es überall auf der Welt, auch in christlich geprägten Kulturen - das Wort hat ja ursprünglich eine im letzten Jahrhundert entstandene Gemeinschaft protestantischer "Bibelchristen" in den USA bezeichnet. Und die derzeit praktizierte Weltwirtschaftsordnung, dank der zwei Fünftel der Weltbevölkerung sich in vier Fünftel allen Reichtums teilen, während im verarmenden Süden immer mehr Menschen in unsägliches Elend gestoßen werden, bereitet solchen Bestrebungen den besten Nährboden.

Die Islamische Religion setzt ihrem Anspruche nach die Verheißung irdischer Gerechtigkeit unmittelbar auf die Tagesordnung; auch wenn sie dieses Versprechen in ihrer über tausendjährigen Geschichte kaum hat verwirklichen können, eignet sie sich doch gerade wegen dieser Besonderheit ihrer Lehre zur Sammlung entrechteter, verletzter Menschen, denen sie eine Perspektive gibt und Identität spendet. Ist denn die geschichtliche Realität des Christentums und der von ihm geprägten europäischen Nationalstaaten so gewaltfrei, daß wir - in dieser Tradition aufgewachsen - wirklich Grund hätten, uns vordergründig und selbstgerecht über andere Kulturen und Religionen zu erheben? "Den" Islam gibt es ja gar nicht; radikale Tendenzen hingegen entstehen auch aus anderen Religionen. Wer sich allerdings bloß vordergründig über deren Worte und Taten empört, ohne sich Rechenschaft darüber anzulegen, inwieweit er selber die Entstehung eines gewaltschwangeren Klimas herbeigeführt oder zumindest geduldet hat - der setzt sich vor der Geschichte doppelt ins Unrecht. Der warnende Fingerzeig auf eine Bedrohung durch den "islamischen Fundamentalismus" dient ohnehin oft genug nur dazu, eigene machtpolitische Ziele - zum Beispiel am dauernden Zugang zu billigen Rohstoffen - notdürftig zu bemänteln.

In dieser Situation ist der kulturelle Dialog gefragt, die "Bürgerdiplomatie", die in den achtziger Jahren zwischen Ost und West ihre stille Kraft entfaltete und jetzt auch zwischen Nord und Süd in Gang kommen muß. Die Friedensbewegung muß alles daran setzen, diesen Dialog, diesen Austausch zu organisieren - sie muß sich wieder als kulturbildende Kraft begreifen, statt sich in waffentechnischen Einzelheiten zu verlieren. Sie hat 1980 dem Wahnsinn des atomaren Wettrüstens und der Idee, daß ein Atomkrieg zwischen Ost und West notfalls "führbar" sei, ein entschiedenes FUNDAMENTALES "Nein!" entgegengesetzt - mit großem historischen Erfolg, sie muß aus ihrem Schlummer erwachen und begreifen, daß die Welt VIER Himmelsrichtungen kennt, um einer wachsenden Gewalttätigkeit zwischen Nord und Süd zu begegnen. Sie muß ein politisches Klima schaffen, in dem auch der Privilegienverzicht in den reichen Industrienationen kein Tabu ist; sie muß die Anerkennung statt der Verachtung des Andersdenkenden nicht nur fordern, sondern praktizieren; sie muß die religiöse und kulturelle Dimension der Friedensfrage erkennen und abermals den "blockübergreifenden", vertrauensbildenden Dialog in Gang setzen.

Dieser Weg mag schwierig sein - doch es gibt keine Alternative. "Laßt uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie vorbereiten, nicht die Hände gebunden werden." (Bert Brecht)

(-/20. Januar 1992/rs/ks)
